

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 36. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 21. Januar 2004
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Stefan Brügger
Basil Kröpfli
Christoph Morat
Alexandre Philipp
Beatrice Salvisberg

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und
Planungskommission betreffend Konzept Verkehrserschliessung
linksufriges Bachgrabengebiet und Umgestaltung Verkehrsknoten
Baslerstrasse/Grabenring Geschäft 2290 C/D
2. Bericht des Gemeinderates betreffend „Trendloft oder Wohnblock“:
Allschwil ist gebaut - wie lässt sich sein Wohnungsangebot erneuern?
Bericht PSP Uni Basel Geschäft 3458

- | | |
|---|---------------|
| 3. Bericht des Gemeinderates betreffend Kinder- und Jugendleit-
bild der Gemeinde Allschwil | Geschäft 3460 |
| 4. Bericht des Gemeinderates betreffend GFS-Übung „Albatros“
vom 31.10.2002 | Geschäft 3463 |
| 5. Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Entschädigung der Schulräte | Geschäft 3489 |
| 6. Motion von Ornella Schneider, FDP-Fraktion, betreffend Fort-
führung der Plafonierung des Personalbestandes | Geschäft 3492 |
| 7. Postulat der SP-Fraktion betreffend Anhebung von Strassenüber-
querungen | Geschäft 3482 |
| 8. Postulat von Peter Humbel/Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion,
betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten | Geschäft 3483 |
| 9. Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Stoppsäcke
auf Allschwiler Gemeindestrassen | Geschäft 3485 |
| 10. Interpellation von Peter Humbel, SP-Fraktion, „Erdbeben - Gefährdung
und Vorsorge in der Region Basel“ | Geschäft 3481 |
| 11. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, „Wie weiter mit dem Areal
Schiessplatz Allschwiler Weiher?“ | Geschäft 3484 |

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 36 vom 21.01.2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jean-Jacques Winter

Begrüssung des Präsidenten

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** begrüsst die Anwesenden.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Er teilt mit, dass Jan Oppliger, JUMP, per sofort aus dem Einwohnerrat demissioniert. Er verdankt in Abwesenheit von Jan Oppliger dessen politisches Engagement.

Mitteilungen des Präsidenten

Er teilt dem Plenum mit, dass Gemeinderat und Verwaltung darum bitten, die schriftlichen Fragen zur Fragestunde rechtzeitig einzureichen. Die Fragen müssen der Verwaltung mindestens 5 Tage im Voraus zur Verfügung stehen, d.h. spätestens am Freitagmorgen. Nur so könne eine seriöse und fundierte Beantwortung der Fragen an der nächsten Einwohnerratssitzung gewährleistet werden. Das Büro des Einwohnerrates unterstützt dieses Anliegen und bittet um Einhaltung dieser Frist.

Er teilt mit, dass Postkonzernleiter Ulrich Gygi auf das Resolutionsschreiben betreffend Schliessung Poststelle Lindenplatz geantwortet hat. Im Wesentlichen ist der Brief inhaltlich identisch mit dem Antwortschreiben an den Gemeinderat. Fazit ist, dass eine Wiedererwägung des Schliessungsentscheides nicht in Betracht gezogen wird, eine offensichtliche Rechtsverletzung nicht vorliegt und die Gemeinde Allschwil nach Ansicht von Ulrich Gygi auch mit zwei Poststellen ausreichend versorgt ist.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, und **Beat Meyer-Zehnder**, CVP/SVP-Fraktion, verzichten auf den Erhalt einer Kopie des Schreibens.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat von Margaret Wagner, SP-Fraktion, betreffend Pflegewohnungen in Allschwil (Geschäft 3499)

Traktandenliste

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, erinnert daran, dass er an der Dezembersitzung eine dringliche Motion betreffend Wettbewerb Projekt Wegmatten II (Geschäft 3490) eingereicht habe, deren Dringlichkeit jedoch abgelehnt wurde. Nun habe er mit Bedauern festgestellt, dass die Motion nicht auf der heutigen Traktandenliste stehe. Es sei heute der richtige Zeitpunkt diese Motion zu behandeln. Er stelle aber keinen Antrag auf Änderung der Traktandenliste, da dies offenbar nicht möglich sei.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, ergänzt das Votum von Felix Keller dahin, dass die Aufnahme der Wegmatten-Vorstösse in die Traktandenliste auch im Büro des Einwohnerrates ausgiebig diskutiert worden sei. Ursprünglich seien alle fünf Wegmatten-Geschäfte auf der Traktandenliste gewesen. Dies sei auch ein Vorschlag der Verwaltung gewesen. Auf Intervention des Gemeinderates seien die Geschäfte jedoch wieder abgesetzt worden. Er findet dies ausserordentlich bedauerlich und ist empört darüber. Er betont die Wichtigkeit und Aktualität der parlamentarischen Vorstösse. Es solle nicht zur politischen Kultur werden, die Behandlung wichtiger Geschäfte so lange hinauszuzögern, bis sie nicht mehr aktuell sind. Er erwähnt, dass sich ein Teil der Büromitglieder dafür eingesetzt hätte, dass diese Geschäfte auf die heutige Traktandenliste gesetzt würden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, möchte Auskunft darüber haben, warum die Wegmatten-Geschäfte nicht auf die Traktandenliste gesetzt worden seien.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** erläutert, dass bereits an der Dezembersitzung über die Abhaltung eines gemeinderätlichen Workshops am 04. Februar 2004 informiert wurde. Dieser

soll sich mit den Fragen rund um „Wegmatten“ beschäftigen. Es mache Sinn, zuerst den Workshop durchzuführen und erst dann den Einwohnerrat über das weitere Vorgehen zu informieren. Zum jetzigen Zeitpunkt könne inhaltlich nicht mehr gesagt werden als bereits an der Dezembersitzung. Darum habe sie an der Büro-Sitzung den Antrag gestellt, die Wegmatten-Vorstösse erst an der Februar-Sitzung zu behandeln.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, findet es daher merkwürdig, dass Gemeinderat Roman Meury an der Dezembersitzung noch für die Entgegennahme der Vorstösse votiert habe.

Präsident **Jean-Jacques Winter** hält abschliessend fest, dass das Büro die Traktandenliste in der vorliegenden Form rechtsgültig beschlossen habe und eine Erweiterung, auch gemäss Abklärung durch den Rechtsdienst und Herrn D. Schwörer, Fürsprech, Stabsstelle Gemeinden beim Kanton, nicht möglich sei.

Hans-Peter Frey, FDP-Fraktion, moniert Fehler im Protokoll der Dezembersitzung. Er störe sich daran, dass der zum Ausdruck gebrachte Unmut einiger Parlamentarier über die persönlichen Bemerkungen des Präsidenten im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Steuersatz nicht protokolliert worden seien. Weiter ist er der Ansicht, dass das Abstimmungsergebnis über den Steuersatz von 58% falsch wiedergegeben worden sei. Es stehe im Protokoll, dass der Beschluss mit 20:10 Stimmen bei 4 Enthaltungen gefällt worden sei. Dies stimme nicht: es sei der Beschluss mit 10 Enthaltungen bei 4 Nein und 20 Zustimmungen gefasst worden. Er bittet dies nochmals zu kontrollieren. Er habe sich erkundigt, es habe 8 Enthaltungen aus seiner Fraktion und 2 Enthaltungen anderer Mitglieder gegeben, bei 4 Nein-Stimmen. Er bittet darum, dass das Tonband der letzten Sitzung dahingehend nochmals überprüft und das Protokoll dementsprechend berichtigt werde.

Jean-Jacques Winter nimmt dies zur Kenntnis und wird dem Votant entsprechend berichten.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, äussert sich auch zum letzten Protokoll. Er erklärt dazu, dass Paul Schüpbach während der Diskussion um die Hochstamm-Obstbäume behauptet habe, er (Lucius Cueni) sei bereits bei Baumpflanzungen dabei gewesen (zitiert aus dem Dezember-Protokoll). Lucius Cueni hält fest, dass dies nicht wahr sei. Herr Schüpbach habe dies zwar gesagt, aber er sei nie an Baumpflanzungen anwesend gewesen. Einmal als Jugendlicher sei er im Rahmen eines Vogelschutzeinsatzes bei der Pflanzung einer Hecke beteiligt gewesen.

Paul Schüpbach entschuldigt sich dafür, wenn er sich nicht ganz präzise ausgedrückt haben sollte. Die Gemeinde als solche habe noch nie Pflanzungen vorgenommen. Er sei immer im Zusammenhang mit dem erwähnten Natur- und Vogelschutz bei Pflanzungen von Bäumen und Hecken dabei gewesen. Diese Pflanzungen würden zum Teil von der Gemeinde unterstützt. Die Gemeinde könne allein aus versicherungstechnischen Gründen gar keine Personen zu Baumpflanzungen einladen. Wenn er sich zu wenig exakt ausgedrückt oder Lucius Cueni verletzt haben sollte, entschuldige er sich dafür.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, will festhalten, dass er, seit er Mitglied des Einwohnerrates sei, nie bei einer Pflanzung anwesend gewesen war. Die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem Natur- und Vogelschutz sei ja auch nicht mehr die beste, habe er gehört.

://:

Die Traktandenliste wird mit grosser Mehrheit genehmigt.

370 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
12.100 Strassen; Planung und Bau

**Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend
Konzept Verkehrserschliessung
linksufriges Bachgrabengebiet und Umgestaltung Verkehrsknoten
Baslerstrasse/Grabenring
Geschäft 2290 C/**

Hans-Peter Frey, Präsident der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, erläutert die Kommissionsberatungen. Das vorliegende Geschäft habe eine lange Entwicklungszeit hinter sich, bis es heute im Parlament beraten werden könne. Dies habe allerdings nicht an der Verwaltung gelegen, sondern daran, dass sich ständig die zu beurteilenden Situationen geändert hätten. So sei bereits im Februar 2001 eine Vorlage in der Kommission beraten worden, diese aber dann in Absprache mit dem Gemeinderat nochmals überarbeitet worden. Heute liege eine aktualisierte Fassung der Planung vor. Er nimmt vorweg, dass die Kommission die Kenntnisnahme empfiehlt. Die Vorlage befasse sich nur mit der Erschliessung des linksufrigen Bachgrabengebiets. Sie trage nichts zur Verbesserung der Gesamtverkehrssituation in Allschwil bei. Wolle man dies, so müsse dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den öffentlichen Verkehrsbetrieben, allenfalls noch weiteren Beteiligten geschehen. Die Vorlage beruhe auf den Arbeitspapieren und Berichten, welche die Arbeitsgruppe und das Verkehrsingenieurbüro damals erstellt hätten. Es sei in der Kommission geprüft worden, ob die Arbeitspapiere und Berichte noch genügend aktuell seien. Man sei zum Schluss gekommen, dass die damaligen Erkenntnisse auch heute noch ihre Gültigkeit hätten. Die Verbesserung der Verkehrssituation des Bachgrabengebiets sei nach wie vor für die weitere Entwicklung Allschwils von Bedeutung. Es sei bereits eine Verbesserung im ÖV-Bereich erreicht worden, dies mit den verlängerten Betriebszeiten der Linie 38 bis 21.00 Uhr werktags. In diesem Sinne sei die Kommission prinzipiell einverstanden gewesen, die Grundlagen seien nach wie vor gültig. Änderungen gegenüber den ursprünglichen Anliegen seien der Kreisel am Grabenring, welcher damals gefordert, mittlerweile aber bereits durch den Kanton geplant sei und ausgeführt werden wird. Weiter sei die Parkallee nicht mehr im Strassennetzplan enthalten, die RD 105 sei mittlerweile von französischer Seite zurückgestuft worden. Dies seien die wesentlichsten Änderungen, die mittlerweile stattgefunden hätten. Das Ziel müsse eine Verbesserung der Verkehrssituation sein, d.h. ein Anschluss an die Nordtangente - hier müsse Druck gemacht werden -, dann grossräumig die Südumfahrung, kleinräumig die Nordtangente. In diesem Sinn könne die Kommission der Vorlage zustimmen, wolle aber die Prioritäten etwas anders legen. Dazu würde Antrag 2 der gemeinderätlichen Vorlage in der Reihenfolge geändert, die übrigen Anträge seien unbestritten und könnten daher beibehalten werden. Die Frage der Finanzierung werde im Kommissionsbericht nicht angeschnitten, da zur Zeit der Kommissionsberatungen die Kostenverteilung noch nicht festgestanden sei. Heute wisse man, dass die Kosten der Gemeinde Allschwil für die Erstellung des Kreisels Grabenring/Baslerstrasse auf CHF 800'000.-- zu stehen kämen. Er beantragt dem Plenum die Kenntnisnahme der Vorlage unter Beachtung der Prioritäten in Ziffer 2 gemäss dem Kommissionsbericht. Selbstverständlich sei die Kommission jedoch offen für Änderungen der Prioritätensetzung, sofern sich dies aufdränge.

Paul Schüpbach teilt namens des Gemeinderates mit, dass er sich vollumfänglich den Anträgen der Kommission anschliessen könne. Es gehe weniger um inhaltliche Differenzen. Er bekräftigt jedoch, dass es nicht in der Macht der Gemeinde liege, ob die Prioritäten so eingehalten werden können. Zum Beispiel sei der Anschluss an die Nordtangente nicht Sache der Gemeinde. Er verweist ausserdem auf die „AVANTI“-Initiative. Je nach Ausgang der Abstimmung am 08. Februar 2004 müsse man damit rechnen, dass die ganze Vorlage zur Makulatur werden könne. Gemäss Aussage des Bundes in den Abstimmungserläuterungen sollen jährlich 300 bis 350 Mill. Franken in den Agglomerationsverkehr fliessen. Als Präzisierung zum Bericht des VPK-Präsidenten fügt er hinzu, dass im April 2004 das Ausführungskonzept zum Kreisel Grabenring/Baselstrasse vom Kanton vorgelegt werde. Ab dann laufe das normale Verfahren, auch

die BVB wolle in diesem Zusammenhang etwas machen, Gleiserneuerungen und Tramhaltestellen. Mit der baulichen Umgestaltung Grabenring/Hegenheimermattweg sei im Jahr 2005 zu rechnen. Er bittet das Plenum vom Bericht in der Fassung der Kommission (2290 D) Kenntnis zu nehmen.

EINTRETENSDEBATTE:

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, erklärt Eintreten seitens der Fraktion. Er hält die Vorlage für eine Studie und nicht für ein Konzept, auch wenn dies vom Gemeinderat so titulierte worden sei.

Jürg Gass, SP-Fraktion, erklärt namens der Fraktion eintreten auf die Vorlage.

Ursula Pozivil-Pfister, FDP-Fraktion, erklärt Eintreten unter Hinweis darauf, dass Papier bekanntlich geduldig sei.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion mit Vorbehalt Eintreten erklärt. Die Fraktion stelle den Kreis Grabenring/Baslerstrasse in Frage.

://:

Auf das Geschäft 2290 C/D, Konzept Verkehrserschliessung linksufriges Bachgrabengebiet, wird grossmehrheitlich eingetreten.

DETAILBERATUNG:

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Unterlagen bereits 5-6 Jahre alt seien. Als Beispiel erwähnt er, dass die Fa. Actelion ihre Mitarbeiterzahl von damals 4 auf heute 700 erhöht hat, ebenso hat sich das Innovationszentrum stark entwickelt. Der Bericht des Verkehrsbüros sei trotzdem immer noch aktuell (er zitiert aus dem Bericht). Er hält fest, dass zwar der Bus der Linie 38 ins Bachgrabengebiet fährt, diejenigen Personen, welche mit dem Tram Nr. 6 kommen und an der Haltestelle Grabenring aussteigen, jedoch nach wie vor zu Fuss ins Industriegebiet laufen müssten. Diesbezüglich habe er von der Studie mehr Vorschläge zur Optimierung erwartet. Ebenso sei bedenklich, dass es immer noch Pendler gebe, die mit dem Zug nach Basel weniger lang unterwegs seien, als vom Bahnhof SBB ins Bachgrabengebiet. Nur der Anschluss an ein übergeordnetes Verkehrsregime, also der Anschluss an die Nordtangente, würde eine qualitative Verbesserung der Verkehrssituation bringen. Die Fraktion unterstütze daher die Prioritätensetzung der Kommission. Allerdings werde es wohl noch mindestens 20 Jahre dauern, bis ein Anschluss an die Nordtangente erfolgen könne. Mit der Erstellung des Kreisels werde in erster Linie die Verkehrssicherheit erhöht, weniger der Verkehrsfluss. Dies sei aber zu befürworten und der Gemeinderat werde aufgefordert, trotz der verlorenen Wegmattenabstimmung die Erstellung des Kreisels voranzutreiben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sieht die Prioritäten anders. Es sei vordringlich die Verkehrssituation in Allschwil zu verbessern, hier könne nur die Südumfahrung eine beachtenswerte Verbesserung bringen. Die Realisierung des Kreisels Grabenring/Baslerstrasse sei keine wirkliche Verbesserung. Er erinnert an den Dorenbachkreisel. Dort sei die Situation fast schlimmer als vorher. Er bezeichnet die Verkehrsplanung mit zwei Kreiseln als Kreiselfetischismus. Die Kreisel würden nicht zu einer klaren Verkehrsführung beitragen. Er nennt das Beispiel Therwil. Die SD-Fraktion stelle beide Kreiseln in Frage, solange die Südumfahrung nicht realisiert sei. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es nicht richtig, wegen einer verlorenen Abstimmung (Wegmatten I) den Kreiseln dennoch zu „ertröteln“. In diesem Sinne wird die SD-Fraktion Punkt 4 der Vorlage ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Jürg Gass, SP-Fraktion, ist bezüglich des Kreisels Grabenring/Baslerstrasse anderer Meinung. Er glaube auch nicht, dass der Verkehrsfluss verbessert werden könne, aber auf jeden Fall die Verkehrssicherheit. Er empfiehlt, eventuell den TCS zur Planung hinzuzuziehen. Dass der Kreiseln Hegenheimermattweg nicht erste Priorität habe sei verständlich. Hier bevorzuge auch er zuerst den Anschluss an die Nordtangente, resp. Südumfahrung. Dies würde die Situation vor

allem für den Schwerverkehr verbessern. Es sei wichtig, zuerst eine andere Ausfallstrasse zu erstellen, um nicht noch mehr Verkehr, zum Beispiel aus dem Elsass anzuziehen. Die Entwicklung sei hier noch abzuwarten, aber eine Lösung für eine autonome Verkehrsanbindung des linksufrigen Bachgrabengebiets müsse unbedingt gefunden werden, nicht zuletzt auch um Allschwil Dorf zu entlasten.

://:

Folgende Anträge des Gemeinderates (Antrag 1, 3 und 4) und der Verkehrs- und Planungskommission (Antrag 2) werden mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen:

1. Vom Planungsbericht Büro Keller „Erschliessungsstudie Gewerbegebiet Bachgraben“ und vom Schlussbericht der Arbeitsgruppe wird Kenntnis genommen.
2. Von der nachstehenden Prioritätensetzung wird Kenntnis genommen:
 1. Umgestaltung des Knotens Grabenring/Baslerstrasse in einen Kreisel
 2. Realisierung „Anschluss Allschwil an die Nordtangente“
 - 3.1 Umgestaltung des Knotens Grabenring/Hegenheimermattweg in einen Kreisel
 - 3.2 Anschlussstrasse an das französische Strassennetz
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, alles Notwendige für eine rasche Umgestaltung des Knotens Grabenring/Baslerstrasse in einen Kreisel zu veranlassen.
4. Von den vorgeschlagenen Finanzierungslösungen für den Kreisel Grabenring/Baslerstrasse wird Kenntnis genommen.

371 11.130 Hochbau/Raumplanung; Öffentlichkeitsarbeit
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**2. Bericht des Gemeinderates betreffend „Trendloft oder Wohnblock“:
Allschwil ist gebaut - wie lässt sich sein Wohnungsangebot erneuern?
Bericht PSP Uni Basel
Geschäft 3458**

Roman Meury erläutert ausgewählte Punkte des vorgelegten Berichts. Die Universität Basel habe mit anderen Organisationen zusammen eine Lehrveranstaltung abhalten können, die einen direkten Bezug zur Gemeinde Allschwil gehabt habe. Die Zusammenarbeit mit den Dozenten und Studierenden sei ausserordentlich gut gewesen. Die Definition der Ausgangslage, nämlich, dass Allschwil eine typische Vorstadtgemeinde mit sinkenden Einwohnerzahlen und schrumpfendem Steuereinkommen sei, stehe am Anfang jeglicher planerischer Überlegungen. Wesentliche Feststellungen seien, dass die Attraktivität einer Wohngemeinde in erster Linie durch die bestehende Bausubstanz und deren Erneuerung entstehe und erst in zweiter Linie durch Neubauten. Die zweite Feststellung sei die, dass Renovationen zur Verbesserung des Wohnungsangebotes im unteren Preissegment führen würden, das obere Preissegment müsse durch Neubauten abgedeckt werden. Die dritte und wichtige Feststellung sei, dass die gegenwärtige Renovationsquote zu niedrig sei. Weiter erscheine ihm sehr wichtig, dass von den Investoren festgestellt wurde, dass die Gemeinde Allschwil bei Renovationsprojekten mithelfe. Die Frage sei, in welcher Form eine Gemeinde aktive Mithilfe leisten dürfe und könne. Es könne hier nicht darum gehen, dass die Gemeinde eigene Mittel für Renovationen aufwende, sondern die Investoren durch gezielte Informationen und Beratungen unterstütze. Wichtig sei auch, dass die künftige Zonenplanung diese Überlegungen einbeziehe. In diesem Zusammenhang informiert er über den Stand der Überarbeitung des Bau- und Zonenreglements. Es sei eine Standortbestimmung gemacht worden, dann habe man Grundsätze formuliert, drittens habe man eine Grünraumplanung gemacht, welche bereits vorliege, viertens soll das räumliche Konzept festgehalten werden. Dieses Konzept liege im Entwurf vor. Die Ziele und das räumliche Konzept

sollen aufzeigen, in welche Richtung sich Allschwil weiterentwickeln soll. Diese Unterlagen würden demnächst dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ziel sei, dass der Rat, resp. die Verkehrs- und Planungskommission noch dieses Jahr zu dem Konzept Stellung nehmen könne. Die weitere Zonenplanung würde aufgrund dieser Stellungnahmen dann wesentlich leichter fallen. In diesem Sinne beantragt er die Kenntnisnahme.

EINTRETENSDEBATTE

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass die Studie keine wesentlich neuen Erkenntnisse bringe. Wichtig sei die Feststellung, dass jetzt zügig mit dem Bau- und Zonenreglement vorangeschritten werde. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Beat Meyer-Zehnder, CVP/SVP-Fraktion, stellt fest, dass die Studie einmal mehr aufzeige, wie wichtig es sei, dass die Gemeinde handle. Seine Fraktion sei gespannt darauf, wie es nun weitergehe. In diesem Sinne erklärt er Eintreten.

Armin Bieri, SP-Fraktion, erklärt Eintreten mit der Feststellung, dass gute Erkenntnisse für relativ wenig Geld gewonnen werden konnten. Auch wenn diese nicht unbedingt neu gewesen seien.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt an, dass nicht nur Allschwil solche Probleme habe. Attraktiver Wohnraum sei in erster Linie Sache der Eigentümer und Investoren. Es sei richtig, wenn die Gemeinde gewisse Hilfestellung leiste, so wie es Roman Meury erläutert habe. In diesem Sinne erklärt er Eintreten namens der SD-Fraktion.

://:

Es wird einstimmig Eintreten auf das Geschäft 3458 beschlossen.

DETAILBERATUNG

Armin Bieri, SP-Fraktion, hält die Ratschläge der Studie (S. 2ff.) für wertvoll. Er bittet den Gemeinderat diese umzusetzen. Er verstehe unter Wohnlichkeit nicht nur einen tiefen Steuersatz, sondern auch einen guten ÖV, weniger Fluglärm, weniger Verkehr. Nicht zum Ausdruck komme in der Studie, was mit den Leuten geschehe, wenn sie älter werden. Hier habe Allschwil noch ein Manko, Stichwort „Alterswohnungen“. In dem Segment solle etwas mehr investiert werden.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, stört sich an der Bezeichnung „Trendloft“. Es sei gesagt worden, Allschwil würde zu wenig renovieren. Er kenne viele Personen, die gerne ihr Haus renovieren würden, dies aber nicht dürften. Er habe mal etwas von einer Überarbeitung des Dorfkernreglements gehört, viele würden an ihren Häusern im Dorf gerne etwas um- oder anbauen. Dies sei aber von Amtes wegen nicht möglich. An den Allschwiler Hauseigentümern könne dies nicht liegen. Es liege vielmehr an der Gemeinde, den Renovationswilligen entgegenzukommen.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, findet den Bericht sehr gut. Er unterstreicht, dass die Studie hervorhebt, was in Allschwil als gute Wohnlage empfunden werde, nämlich der historische Dorfkern, weiter auch der bemerkenswerte Grüngürtel rund um Allschwil. Aufgefallen sei auch eine gewisse Ohnmacht der Gemeinde: wie kann sie einen Investor entsprechend motivieren die Wohnungen zu renovieren. Hier seien der Gemeinde weitgehend die Hände gebunden.

://:

Vom Geschäft 3458, Studie „Trendloft oder Wohnblock“, wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.

372 04.070 Freizeitangebote Kinder und Jugendliche
04.080 Sucht- und Gewaltprävention

3. Bericht des Gemeinderates betreffend Kinder- und Jugendleit- bild der Gemeinde Allschwil Geschäft 3460

Gemeinderätin **Bea Fuchs** bittet das Plenum um Kenntnisnahme des Kinder- und Jugendleitbildes. Es präsentiere sich in einer breit abgestützten Form. Es sei eine umfangreiche Vernehmlassung durchgeführt worden. 23 Institutionen, Vereine und politische Parteien hätten mitgewirkt. Es seien diverse Anregungen umgesetzt und dieses Leitbild schon jetzt bei div. Organisationen positiv aufgenommen worden. Es brauche ein Kinder- und Jugendleitbild, ähnlich wie das vor ein paar Jahren beschlossene Kulturleitbild, da es eine Handhabe zur Arbeit in diesem Bereich gebe. Die Jugend sei ein Spiegel der Gesellschaft und Gradmesser der Integrationsfähigkeit und Lebendigkeit in der Gemeinde. Es sei nicht nur eine leere Floskel, dass die Investition in die Jugend auch eine Investition in die Zukunft sei. Das Leitbild solle Ziele und Massnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit festlegen. Es soll weiter die Vernetzung zwischen kirchlichen, gemeindeeigenen und weiteren Institutionen festhalten. Es soll die Grundlage bilden für die Arbeit der Kinder- und Jugendkommission, die Koordinationsstelle und Ansprechpartnerin zwischen der Bevölkerung und den Behörden sei. Das Leitbild soll zeigen, dass die Bedürfnisse der Jugend ernst genommen würden. Die Broschüre werde ähnlich aufgebaut sein, wie das Kulturleitbild. Sie werde an Schulen, Kirchen, Jugendorganisationen, politische Parteien und Beratungsstellen sowie weitere interessierte Kreise abgegeben werden. Die Kinder- und Jugendkommission beabsichtige, das Leitbild der Bevölkerung wahrscheinlich im Rahmen des Allschwiler Dorfmarktes besser bekannt zu machen. Sie stellt die Mitglieder der Kinder- und Jugendkommission vor: Bernhard Feineis, Dorothee Horstmann, Heinz Kraus, Raphael Müller, Silvia Gronbach, Werner Marti und Ralf Holzheu. Die Kommission sei damit breit abgestützt und sie sei sehr aktiv, zuletzt mit der Veranstaltung „Kinder und Alk“. Sie bittet das Plenum um Kenntnisnahme.

EINTRETEN

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion Eintreten.

Beat Meyer-Zehnder, CVP/SVP-Fraktion, schickt voraus, dass Allschwil ein gutes Angebot für Kinder- und Jugendliche habe. Er befürwortet auch den Schwerpunkt Suchtprophylaxe. Die Fraktion sei hingegen mit dem vorgestellten Leitbild nicht sehr glücklich. Es beginne bereits mit der Präambel. Es sei nicht so, dass die optimale Betreuung von Kinder- und Jugendlichen absolute Priorität in der Gemeinde haben sollte. Vielmehr sollten sich alle Altersgruppen in Allschwil wohl fühlen können. Ausserdem bräuchten alle Bevölkerungsgruppen geeignete Rahmenbedingungen. Ebenso die Ziele in Punkt 4: Sie seien so nicht durchführbar. Wolle man dies, dann hätte man ein staatlich verordnetes Jugend-Korsett ohne Freiraum. Dies wolle er nicht. Weiter sei nicht ersichtlich, welche Mittel für die Jugendarbeit aufgewendet werden müssten. Es sei der CVP/SVP-Fraktion sauer aufgestossen, dass die Vereine zwar zur Vernehmlassung eingeladen worden seien, im Leitbild finde man sie aber nur noch am Rande erwähnt. Ein Konzept wie dieses müsse die Vereine viel stärker einbeziehen. Aus genannten Gründen möchte die CVP/SVP-Fraktion die Vorlage zur Überarbeitung zurückgeben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erklärt, dass auch seine Fraktion Mühe mit dem Leitbild habe. Es erwecke den Anschein, dass es kein Angebot für Jugendliche in Allschwil gebe. Dies sei aber nicht so, die Jugendlichen könnten sehr zufrieden sein. Es werde eine Menge geboten, sie würden sogar fast verwöhnt. Ihm scheint, dass mit dem Leitbild den Jugendlichen eine falsche Erwartungshaltung gegenüber dem Staat aufoktroiyert werde. Der Staat werde als Selbstbedienungsladen dargestellt. Für die Erziehung seien in erster Linie die Eltern verantwortlich, der Staat könne nicht jede Verantwortung übernehmen. Das Leitbild sei ein „Papiertiger“. Er verzichte auf eine überarbeitete Version, da er sie ohnehin nicht lesen werde.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, begrüsst namens der Fraktion, dass die Gemeinde sich ein Kinder- und Jugendkonzept zurechtlegen möchte. Aus diesem Grunde sei die SP-Fraktion für Eintreten. Allerdings sei das vorliegende Papier enttäuschend. Zum einen seien die Ziele unrealistisch. Es werde viel von optimaler Betreuung, Schaffung optimaler Verhältnisse etc. geschrieben. Wollte man dies umsetzen, so würde es den Kindern und Jugendlichen viel besser gehen als allen anderen Altersgruppen. Das Ziel müsse eher sein, dass Kinder und Jugendliche gleich gut gefördert würden wie alle anderen Altersgruppen. Zum anderen seien die dafür vorgeschlagenen Massnahmen äusserst bescheiden und man könne damit die Zielvorgaben nicht erreichen.

://:

Auf das Geschäft 3460 wird grossmehrheitlich eingetreten.

DETAILBERATUNG

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, stellt fest, dass gemäss Gemeinderätin Bea Fuchs das Leitbild bei 22 Institutionen in der Vernehmlassung gewesen sei und anscheinend Anregungen in das Leitbild eingeflossen seien. Weiter habe der Gemeinderat das Leitbild am 10. September 2003 verabschiedet und beschlossen. Dies würde heissen, dass dem Einwohnerrat nur noch die Möglichkeit bliebe, das Leitbild zur Kenntnis zu nehmen oder nicht. Änderungen seien keine mehr möglich. Am zweiten Satz der Präambel störe ihn nicht nur die „optimale Betreuung“, sondern auch, dass die Betreuung von Kindern und Jugendlichen „Priorität“ habe. Er frage sich: Priorität vor was? Es könne nicht sein, dass hier zum Beispiel die Priorität vor der Betreuung älterer Mitmenschen gemeint sei. Weiter frage er sich, was unter Punkt 2 der Satz, beginnend in der 4. Zeile, betreffend der Wahrnehmung, Akzeptanz und Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen bedeuten soll. Er fragt, ob dies eine Verpflichtung für den Gemeinderat oder den Einwohnerrat bedeute, ob man in Zugzwang käme etwas zu machen? Weiter fragt er sich, ob die Jugendlichen aus diesem Satz einen Rechtsanspruch auf Leistungen seitens der Gemeinde ableiten könne. Auch die Ziele (Punkt 4) würden sehr oft mit der Vorgabe „optimal“ bestückt. Welche Folgen haben diese Ziele? Mindestens vier der aufgeführten Ziele seien budgetrelevant, hätten also finanzielle Konsequenzen. Er fragt sich, ob der Einwohnerrat mit der Kenntnisnahme verpflichtet würde, mehr finanzielle Mittel als bisher in die Jugendarbeit zu investieren. Die FDP stehe hinter der Jugendarbeit im bisherigen Umfang. Weitere Ausgaben sollen durch den Einwohnerrat diskutiert und bewilligt werden können, die nötige Handlungsfreiheit des Einwohnerrates solle erhalten bleiben. Vom Gemeinderat werde jetzt eine klare Aussage betreffend der finanziellen Aufwendungen erwartet, abhängig von dieser Aussage behalte sich die FDP-Fraktion vor, dem Leitbild zuzustimmen oder nicht.

Bea Fuchs erläutert, dass andere Gemeinden zum Beispiel ein Altersleitbild hätten. Auch darin werde von „optimaler“ Betreuung gesprochen. Dies könne man von ausgewiesenen Fachkräften auch erwarten. Bei Jugendlichen reagiere man anscheinend etwas ungehaltener bei gleicher Zielsetzung, sofern dies von der Gemeinde oder von den Schulen aus angestrebt werde. Das Leitbild sei kein Gesetz, es soll darstellen, wie wichtig der Gemeinde die Jugendarbeit sei. Die Budgethoheit verbleibe nach wie vor beim Einwohnerrat. Es sei kein Gesetz, welches die Realisierung vorschreibe, auch wenn natürlich das Departement und der Gemeinderat grundsätzlich Interesse daran hätten, dass gewisse Vorgaben umgesetzt werden könnten. Es werde ganz normale Vorlagen und Berichte an den Einwohnerrat geben. Viele Dinge seien in das Leitbild erst auf Anregung der an der Vernehmlassung beteiligten Vereine, Institutionen und Parteien aufgenommen worden. Sie findet es schade, dass das Leitbild nun kritisiert werde unter dem Tenor, dass es auf Kosten der Gemeinde gehe. Allschwil sei eine Vorzeigegemeinde in Sachen Jugendarbeit, Suchtprophylaxe, Freizeitgestaltung. Sie nehme dies sehr ernst. Auf gesellschaftliche Veränderungen müsse reagiert werden. Dies sei häufig gar nicht anders möglich. Sie nennt das Beispiel der angepassten Schulhausordnung an die neue Art der Freizeitgestaltung der Jugendlichen (Bsp.: Picknick). Das Leitbild sei ein neuer Weg zur Beschäftigung mit der Jugendkultur, Verbote allein würden nicht genügen.

Jürg Gass, SP-Fraktion, äussert, dass er schon viele Leitbilder gelesen habe. Auch in der Wirtschaft würden Firmenleitbilder sehr positiv dargestellt. Es werde immerhin nur über ein Jugendleitbild gesprochen, ebenso könne man auch ein Altersleitbild entwerfen. Man könne sicher nicht alles realisieren, aber es soll eher ein Anhaltspunkt und eine Hilfe für den Umgang mit Jugendlichen sein. Wenn nur die Hälfte von dem erreicht werde, was postuliert sei, habe man schon das Doppelte von dem erreicht, was er erwarte.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, versteht unter „optimal“ den Versuch das Bestmögliche zu erreichen. Hier verstehe er die Bedenken der FDP nicht. Mit der Budgethoheit bestimme immer noch der Einwohnerrat darüber was „bestmöglich“ sei. Wörter wie „genügend“ oder „optimal“ sind als Zielbestimmung zu verstehen. In einem Leitbild würden die Ziele so hoch wie möglich gesteckt, dies sei auch im Naturschutzkonzept so, nur die wenigsten seien auch verwirklicht worden.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, habe als Mitglied des Musikschulrates auch an der Vernehmlassung teilnehmen können. Es habe sie gefreut, dass die Musikschule zur Vernehmlassung eingeladen und damit auch ein Teil des Leitbildes geworden sei. Als Einwohnerrätin ist sie der Ansicht, dass das Leitbild mehr als Idee zu verstehen sei, wie man die Jugendlichen auf ihrem Weg begleiten könne. Die Jugendlichen seien das Kapital der Gesellschaft. Sie ist der Ansicht, dass auch die Erarbeitung eines Altersleitbildes von Interesse sei. Abschliessend findet sie das Jugendleitbild eine gute Sache.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass es Bea Fuchs nicht gelungen sei, die Bedenken von Dr. Guido Beretta betreffend finanzieller Folgekosten zu entkräften. An der letzten Budgetsitzung habe man zur Begründung der Anschaffung von Kulturgütern eben das Kulturleitbild herangezogen. Man könne nicht Beträge an der Budgetsitzung streichen und über das „Hintertürchen“ wieder einführen. Diese Entwicklung befürchtet er auch beim Kinder- und Jugendleitbild. Er empfiehlt, das Papier für Broschüren zu sparen und das Leitbild zu verwerfen.

Bea Fuchs erinnert daran, dass sie an der letzten Budgetsitzung krank gewesen sei. Sie betont nochmals, dass die Budgethoheit beim Einwohnerrat verbleibe. Sofern die Mehrheit folge, könnten Budgetposten gestrichen werden. Dies sei ja leider auch bei den Kunstgegenständen so geschehen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, plädiert für mehr Realismus im Leitbild. Man könne statt von „optimaler Betreuung“ von „umfassender Betreuung“ reden. Der optimale Zustand könne nie erreicht werden. Es wäre ehrlich, wenn man aufzählen würde, was man unter „optimaler“ Betreuung verstehe. Er begrüsst die Arbeit auf dem „Robi“-Spielplatz. Ihn störe aber die Formulierung „akzeptieren gesellschaftlicher Veränderungen“. Werde hier die Begrenztheit der finanziellen Mittel für den „Robi“ akzeptiert? Oder werde nur das akzeptiert, wo man nicht intervenieren könne? An verschiedenen Orten in Allschwil werde auf privatem Grund „gekiff“. Hier könne man nichts machen, dies sei auch kein Vorwurf an Bea Fuchs oder Heinz Kraus. Er frage sich jedoch, ob „Akzeptanz“ der richtige Begriff sei. Er dankt für die Ausführungen zu den finanziellen Konsequenzen.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, deprimiert es, dass über Geld geredet werde, wenn es um Kinder und Jugendliche gehe.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, sei seit 30 Jahren Mitglied in der Pfadi-Bewegung. Er wisse also, um was es bei der Kinder- und Jugendarbeit gehe. Auch bei den Pfadis habe man sich Ziele gesetzt. Diese seien aber realistisch. Die hier gesetzten Ziele könne man jedoch nie erreichen, auch nicht, wenn man viele neue Steuerzahler gewinnen könnte. Aus diesem Grunde sind sie falsch formuliert und würden keinen Leitfaden bilden, an dem sich die Gemeinde orientieren könne. Es seien nur Wunschträume. Weiter störe ihn, dass hier die verschiedenen Altersgruppen gegeneinander ausgespielt würden. Es wäre wichtig, wenn sich die verschiedenen Leitbilder ideal ergänzen würden.

Bea Fuchs findet, dass schon viele dieser Ziele erreicht seien. Die Ziele seien also nicht so hoch gesteckt. Sie betont, dass sicher nicht akzeptiert werde, dass gekiffert wird. Die Ausgehkultur habe sich geändert. Dies müsse man akzeptieren, nicht Gesetzesverstösse.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, erklärt, dass die Zustimmung zum Leitbild nicht gegeben werden könne. Dies im Hinblick darauf, dass doch offensichtliche Mängel bestünden. Mit der Ablehnung werde die Kommission und der Gemeinderat aufgefordert, das Papier nochmals zu überarbeiten.

://:

Der Antrag des Gemeinderates auf Kenntnisnahme des Kinder- und Jugendleitbildes der Gemeinde Allschwil (Geschäft 3460) wird mit 17:11 Stimmen abgelehnt.

PAUSE

373 01.040 Gemeinderat

INFO-Fenster

Paul Schüpbach informiert über den Brief an Bundesrat Moritz Leuenberger betreffend Vermeidung der Risiko-Fliegerei auf dem EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg, vom 08. Januar 2004. Bezug nehmend auf den Flugzeugabsturz am Roten Meer im Januar 2004 sei bekannt geworden, dass eine schwarze Liste bestehe für Flugzeuge, die schweizerische Flughäfen nicht anfliegen dürften. Der EuroAirport werde aber nach französischem Luftfahrtrecht betrieben. Dort bestünden solche Regelungen nicht. Die Risiko-Flugzeuge könnten also in Basel/Mulhouse starten und über schweizerisches Gebiet fliegen. In Genf und Zürich sei dies nicht möglich. Der Gemeinderat habe daher noch vor den offiziellen Medienmitteilungen beschlossen, sofort zu handeln. Der vorliegende Brief wurde an den Bundesrat und an das BAZL sowie eine Kopie an den Flughafenverantwortlichen direkt gesendet. Der Gemeinderat habe damit seiner Sorge um die Sicherheit Ausdruck gegeben. Es solle erreicht werden, dass solche Flugzeuge nicht mehr benutzt würden und vor allem nicht mehr über Allschwil starten. Die Allschwiler Bevölkerung sei nicht weniger wert als diejenige von Zürich.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, fragt, ob es richtig sei, dass die im Brief gestellten Fragen in der Zwischenzeit durch Herrn Amiel und andere Verantwortliche vor der Presse beantwortet worden seien.

Paul Schüpbach bestätigt dies. Es sei dem Gemeinderat aber wichtig zu handeln. Am heutigen Abend habe die Presse ebenfalls den vorliegenden Brief erhalten. Es gehe dem Gemeinderat darum, die Legislative und gleichzeitig auch die Presse zu informieren. Sobald eine Antwort vorliege, werde der Einwohnerrat sofort orientiert.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, teilt die Besorgnis des Gemeinderates.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, ist über den Brief erfreut. Er ist jedoch der Ansicht, dass nicht den Fluggesellschaften das Überfliegen verboten werden kann, sondern nur einzelnen Flugzeugen, resp. Flugzeugtypen. Insofern sei der Brief im ersten Abschnitt etwas falsch formuliert.

Paul Schüpbach gibt Lucius Cueni recht. Aber zur Zeit, als der Brief verfasst wurde, seien noch Fluggesellschaften mit Überflugverboten belegt worden. Die verantwortlichen Stellen hätten dies mittlerweile aber korrigiert, damit es nicht zu einem totalen Grounding ganzer Fluggesellschaften kommen könne. Jetzt würden nur noch einzelne Flugzeugtypen bezeichnet.

**4. Bericht des Gemeinderates betreffend GFS-Übung „Albatros“
vom 31.10.2002
Geschäft 3463**

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** erläutert den Bericht. Man habe einen Flugzeugabsturz simuliert. Ursprünglich sei man davon ausgegangen, dass Allschwil bei der gross angelegten Katastrophenübung als hauptaktiver Standort eine wichtige Rolle spielen würde. Dem Einwohnerrat sei der Bericht des GFS abgegeben worden, den umfangreichen Bericht des Kantons habe man bestellen können (das Organigramm GFS wird als Folie aufgelegt und von Nicole Nüssli erläutert). Sie betont die fachlich sehr gut besetzte Zusammensetzung des GFS. Im Hinblick auf die Übung „Albatros“ habe sich der GFS speziell geschult. Neben der konkreten Schulung auf die Übung habe sich der GFS auch weitere Ziele gesteckt. Sie verweist auf Seite 4 des Berichtes. Leider habe sich an der Übung schon bald gezeigt, dass Allschwil vom simulierten Flugzeugabsturz nur am Rande tangiert gewesen sei. Der Hauptschauplatz war auf dem Dreispitzgelände. Im Areal Bachgraben-Industriegebiet wurde ein abgefallenes Triebwerk abgenommen. Die Übung habe gezeigt, dass auch der GFS nur am Rande involviert gewesen sei und so seine wahre Leistungsfähigkeit nicht unter Beweis stellen können. Innert fünf Stunden seien für den GFS nur 25 Meldungen eingegangen. Der Schlussbericht des GFS habe gezeigt, dass alle Abteilungen dies bemängelt haben. Die selbst gesteckten Ziele konnte der GFS hingegen vollumfänglich erfüllen. In diesem Sinne könne der Bericht durchaus zur Kenntnis genommen werden.

Peter Humbel, SP-Fraktion, dankt namens der Fraktion für die Zustellung des Berichtes. Im Zusammenhang mit der Abschreibung des Geschäftes 3076, Risiko Flugzeugabsturz, mit dem Amtsbericht 2002 wollte die Fraktion zunächst den Bericht sehen um zu entscheiden, ob das Geschäft 3076 abgeschrieben werden könne. Der Bericht sei sehr aufschlussreich. Er schildere in kompetenter und kritischer Art den Ablauf der Übung. Sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte würden beleuchtet. Es sei zu hoffen, dass die Kritikpunkte bei der nächsten Übung berücksichtigt werden können. Die Anträge des GFS seien daher durch den Gemeinderat umzusetzen. In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion Kenntnis vom Bericht, zusammen mit dem Antrag, das Geschäft 3076 vom 09.09.1998 abzuschreiben.

://:

Auf das Geschäft 3463 wird mit grossem Mehr eingetreten.

DETAILBERATUNG

- keine Wortmeldung -

://:

Vom vorliegenden Schlussbericht des Gemeindeführungsstabes Allschwil vom 23. September 2003 betreffend die Einsatzübung ALBATROS vom 31. Oktober 2002 wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

Das Geschäft 3076 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

375 01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente

**5. Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Entschädigung der Schulräte
Geschäft 3489**

Dr. Ivo Corvini, Vizepräsident, weist auf das anfangs der Einwohnerratssitzung verteilte Zusatzblatt des Motionärs hin. Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen, weswegen eine Beratung stattfindet.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** erklärt, dass aufgrund der Ergänzung des Motionärs der Gemeinderat nun bereit sei, die Motion entgegenzunehmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, erklärt die Ergänzung. Es gehe ihm nicht um die Überprüfung der Entschädigungen der Schulräte, sondern der Präsidien der Schulräte. Da die Realschule nun dem Kanton unterstellt sei, stimme das Reglement nicht mehr. Daher sei es wichtig, dass die Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente das Reglement über die Entschädigung nun überarbeite und den neuen Gegebenheiten anpasse.

Dr. Ivo Corvini, Vizepräsident, stellt fest, dass kein Antrag auf Diskussion vorliege, weshalb nun über die Erheblicherklärung abgestimmt werden könne.

://:

Mit grossem Mehr wird die Motion betreffend Entschädigung der Schulräte mit der Ergänzung vom 21.01.2004 als erheblich erklärt und dem Gemeinderat überwiesen.

376 01.070 Personal

**6. Motion von Ornella Schneider, FDP-Fraktion, betreffend
Fortführung der Plafonierung des Personalbestandes
Geschäft 3492**

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, erläutert, dass bei einer Kündigung und Pensionierung jedes Mal überprüft werde, ob die Stelle wieder neu besetzt werden müsse oder ob die Aufgaben auf andere Mitarbeiter verteilt werden können. Dies sei in letzter Zeit konsequent praktiziert worden. Auch Anträge auf Penumreduktionen seien geprüft und meistens zustimmend behandelt worden. Dies habe dazu geführt, dass der Stellenplan im Jahr 2003 gar nicht ganz ausgeschöpft worden sei. Daher sei der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen. Die Verwaltung arbeite sehr kostenbewusst. Bei Neubesetzungen von Stellen werde regelmässig eine Karenzfrist von 3 Monaten eingehalten, Ausnahme sei die Stelle Leiter Informatik. An der Informatik hänge sehr viel, eine Lücke hätte grossen Schaden verursachen können. Der Gemeinderat gehe kostenbewusst mit den Stellenbesetzungen um. Dies bedeute aber auch, dass gerade in der Karenzfrist die anderen Mitarbeiter die Aufgaben übernehmen müssten, was zum Teil eine grosse Belastung darstelle. Aber dies sei in der jetzigen Zeit sinnvoll und notwendig.

Ornella Schneider, FDP-Fraktion, bedankt sich für die Entgegennahme der Motion.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, moniert, dass anscheinend übersehen worden sei, dass er sich vor der Stellungnahme der Gemeindepräsidentin zu Wort gemeldet habe.

Jean-Jacques Winter lässt über eine Diskussion abstimmen.

://:

1. Mit grossem Mehr wird auf eine Diskussion verzichtet.
2. Das Geschäft 3492, Motion betreffend Plafonierung des Personalbestandes von Ornella Schneider, FDP-Fraktion, wird grossmehrheitlich an den Gemeinderat überwiesen.

377 06.091 Öffentliche Sicherheit

**7. Postulat der SP-Fraktion betreffend
Anhebung von Strassenüberquerungen
Geschäft 3482**

Nicole Nüssli erklärt namens des Gemeinderates, dass er nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Sie erläutert dazu, dass die Anhebung von Strassenüberquerungen zwar einerseits eine Verkehrsberuhigungsmassnahme darstellen könne, andererseits aber auch eine Verkehrssicherheitsmassnahme. Dies sei ähnlich wie eine Tempo-30-Zone. Wie bekannt, sei das Postulat zur Errichtung von Tempo 30-Zonen überwiesen worden. Es gebe eine Spezialkommission Verkehr, welche das Postulat bearbeite. In dem Sinne werde mit dem vorliegenden Postulat in ein laufendes Verfahren eingegriffen. Weiter werde die geforderte Verkehrssicherheit bereits mit der Errichtung von Tempo 30-Zonen erreicht. Es solle zuerst das Ergebnis dieser Kommission abgewartet werden.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, erklärt, dass die Errichtung von Tempo-30-Zonen nichts mit der Anhebung von Strassenüberquerungen zu tun habe. Es gehe um den Nutzen. Die Anhebung von Strassenüberquerungen erleichtere Kindern und gehbehinderten Menschen die Strassenüberquerung und zwingt die Autofahrer langsam zu fahren. Die defensiv fahrenden Verkehrsteilnehmer stören die Schwellen nicht, die zu schnell fahrenden müssen abbremsen. Es würde Sinn machen, dass die Kommission dieses Postulat mitbehandle oder auch separat. Die bestehenden angehobenen Strassenüberquerungen hätten sich bewährt. Sie könnten eine Ergänzung zu den Tempo-30-Zonen darstellen.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Schwellen sehr wenig zur Verkehrssicherheit beitragen.

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, erklärt namens der Fraktion Zustimmung zur Ansicht des Gemeinderates. Die Verkehrskommission betrachte ohnehin die gesamte Verkehrssituation. Deshalb mache es Sinn, das Postulat nicht zu überweisen.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, weiss nicht, was in der Kommission besprochen wird. Es gehe nicht an, dass der Gemeinderat verbiete, Ideen kund zu tun. Dem Einwohnerrat stehe es doch zu, Ideen einzubringen und den Gemeinderat zu beauftragen etwas zu prüfen oder über etwas zu berichten. Der Gemeinderat könne nicht sagen, die Annahme werde verweigert, weil es bereits eine Kommission gebe. Eine Diskussion stehe den Einwohnerräten doch zu. Ablehnung sei allerdings auch möglich.

://:

Das Postulat 3482 wird 21:10 Stimmen nicht überwiesen.

378 04.090 Vereine

**8. Postulat von Peter Humbel/Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion,
betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten
Geschäft 3483**

Roman Meury erklärt Entgegennahme durch den Gemeinderat. Dies sei ein Zeichen für das Verständnis, dass tatsächlich zu wenig Räumlichkeiten für Vereinsanlässe vorhanden seien. Ob die Forderungen des Postulates erfüllt werden können, sei erst nach detaillierter Bearbeitung zu sagen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt ob weiterhin die Räumlichkeiten zum Nulltarif vergeben würden.

Roman Meury erwidert, dass der Auftrag des Postulates die Überprüfung der bestehenden Situation sei. Auch die Frage der Kosten sei Teil der Prüfung.

Präsidentin **Ruth Greiner**, verliert den Paragraphen des Geschäftsreglements des Einwohnerates betreffend der Behandlung von Motionen (§ 40 Abs. 3). Sofern der Gemeinderat bereit sei eine Motion entgegenzunehmen, finde eine Beratung nur statt, wenn ein gegenteiliger Antrag gestellt werde. Sie erklärt kurz den Sinn der Bestimmung, will aber ergänzende oder erläuternde Fragen zum Vorstoss zulassen.

Peter Humbel, SP-Fraktion, betont, dass es nicht nur um Vereine gehe. Auch politische Organisationen und Gremien müssen Räumlichkeiten zur Verfügung haben. Dies liege auch im Interesse der Gemeinde.

://:

Das Postulat 3483 betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten wird mit grossem Mehr überwiesen.

379 06.091 Öffentliche Sicherheit

**9. Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Stoppsäcke
auf Allschwiler Gemeindestrassen
Geschäft 3485**

Nicole Nüssli erklärt, dass der Gemeinderat auch dieses Postulat nicht entgegennehmen möchte. Dies mit der gleichen Begründung wie unter Traktandum 7. Die Aufhebung von Stoppsäcken sei eine Begleitmassnahme zu Tempo-30-Zonen. In Tempo-50-Zonen sei die Aufhebung von Stoppsäcken keine Verkehrssicherheitsmassnahme.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, weist auf Basel-Stadt hin. Diese würde seit einiger Zeit die Stoppsäcke entfernen und es sei eine Beruhigung des Verkehrs zu vermerken. Die Entfernung von Stoppsäcken sei teilweise mit der Einführung von Tempo-30-Zonen verbunden. Dies müsse aber nicht sein. Gemäss Strassenverkehrsgesetz Art. 36 Abs. 2 müsse dies nicht sein. Man könne durchaus auch bei Tempo 50 Stoppsäcke aufheben. Dies gebe es bereits in Allschwil, so am Rosenberg. Man könne dort eine rücksichtsvolle Fahrweise beobachten. Weiter in der Bettenstrasse und im Lettenweg. Auch hier könne eine Verkehrsberuhigung festgestellt werden. Die Entfernung von Stoppsäcken sei unabhängig von der Errichtung von Tempo-30-Zonen. Die Idee sei es wert deponiert zu werden. Es sei eine günstige Lösung zur Verkehrsberuhigung, dies werde auch von Anwohnern geschätzt.

Nicole Nüssli erläutert, dass es am Obertorweg/Stegmühleweg in der Vergangenheit vielfach Probleme gegeben habe. Es habe viele „Fast-Unfälle“ gegeben und man habe Lösungen suchen müssen, um die Kreuzung zu entschärfen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, betrachtet die Aufhebung von Stoppsäcken als fahrlässig. Er verweist auf die Gemeinde Pratteln. Basel-Stadt betreibe ein chaotisches Verkehrsregime, dies sei kein gutes Beispiel.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist erstaunt über das Postulat. Es würde den Verkehrsfluss eher erhöhen. Die FDP-Fraktion sei der Ansicht, dass ihr Tempo-30-Vorstoss alles Notwendige beinhalte. Er betrachtet dieses Postulat als wahltaktisches „Geplänkel“.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, betont, dass die SP nicht gegen den Verkehrsfluss sei, sondern gegen Raser. Der Rechtsvortritt funktioniere überall, man müsse den Autofahrern das Denken nicht abnehmen, sondern die Autofahrer sensibilisieren. Ausserdem sei es kein Wahlkampfgeplänkel.

://:

Das Postulat betreffend Aufhebung von Stoppsäcken von Lucius Cueni, SP-Fraktion, wird mit 20:6 Stimmen nicht überwiesen.

380 10 Katastrophenschutz

**10. Interpellation von Peter Humbel, SP-Fraktion, „Erdbeben - Gefährdung und Vorsorge in der Region Basel“
Geschäft 3481**

Nicole Nüssli beantwortet die Interpellation wie folgt: Die Tipps seien von Dr. Charles Simon, Kantonalen Krisenstab Basel-Stadt, abgegeben worden. Der Gemeinderat stelle sich positiv hinter die Vorschläge. Der GFS habe an der Folgesitzung vom 13. November 2003 die Tipps zum Jahresziel 2004 erklärt. Die Schulung werde hinsichtlich Erdbebengefährdung weiter vorangetrieben. Erfüllt seien mittlerweile vier Massnahmen: Gute Ortskenntnisse des GFS seien gegeben. Die Bereitstellung von Notfallmaterial bestehe in der Zivilschutzanlage Tulpenweg, zum Beispiel Pickel, Schaufel etc. Weiter sei die Forderung nach baulicher Vorsorge öffentlicher Gebäude erfüllt worden und zuletzt beständen Kenntnisse über Risikoobjekte, insbesondere im Bachgrabengebiet. Die anderen Massnahmen seien noch nicht ganz erfüllt, sollen aber im Verlauf des Jahres 2004 erfüllt werden. Im Bereich der öffentlichen Bauten werde die SIA-Norm 160 angewendet. Diese Norm enthalte spezielle Bauvorschriften betreffend Erdbebensicherheit. Bei Bauten von Privatpersonen könne die Gemeinde nicht direkt Einfluss nehmen. Man könne hier nur Hinweise geben. Die Gemeinde führe noch kein Inventar von Lifeline-Bauten (Frage 4). Dieses bestehe erst seit 1989, somit könne bis jetzt nur das Gemeindezentrum aufgenommen werden. Zur Frage 5: Tatsächlich bestehe die Notwendigkeit, ein neues Feuerwehrmagazin zu erstellen, da das bestehende bei einem Erdbeben zu Schaden kommen könne. Die Feuerwehr sei aber für solche Fälle gerüstet. Sofortmassnahmen, insbesondere baulicher Art, könne der Gemeinderat aber zur Zeit nicht treffen. Die Bevölkerung soll durch die Abgabe von Flyern informiert und quartalsweise auf das Thema Erdbeben sensibilisiert werden.

Peter Humbel, SP-Fraktion, ist grundsätzlich mit der Beantwortung einverstanden, beantragt dennoch die Diskussion.

://:

Es wird mehrheitlich die Diskussion verlangt.

Peter Humbel, SP-Fraktion, sei froh, dass der GFS die Information der Bevölkerung vorantreibt. Weiter hoffe er, dass die Ziele für das Jahr 2004 erreicht werden können. Es stimme ihn bedenklich, dass das bestehende Feuerwehrmagazin nicht erdbebensicher sei. Er begrüsse die

Absicht des Gemeinderates, sobald die Mittel vorhanden sind, dem Einwohnerrat eine Vorlage für ein neues Feuerwehrmagazin zu unterbreiten.

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass die SIA-Norm 160 durch die SIA-Norm 260 Mitte dieses Jahres ersetzt würde. Weiter fragt er, ob das neue Gemeindehaus auch der neuen Norm entsprechen würde. Er schlägt vor, das Gemeindezentrum eventuell einer Überprüfung nach SIA-Norm 260 zu unterziehen.

381 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**11. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, „Wie weiter mit dem Areal Schiessplatz Allschwiler Weiher?“
Geschäft 3484**

Gemeinderat **Paul Schüpbach** beantwortet die Interpellation. Er erinnert nochmals an die Ausmasse der Schallschutzmauer. Er erläutert den Stand des gerichtlichen Verfahrens. Zur Zeit sei das Verfahren vor Bundesgericht hängig. Er erklärt, dass der Gemeinderat am 07. Januar 2004 die entsprechende Stellungnahme ans Bundesgericht abgeschickt habe. Die Beantwortung der Interpellation würde hier sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Er schlägt daher dem Interpellanten vor, die Interpellation zurückzuziehen und eine kleine Anfrage schriftlich einzureichen. Dann bekämen er und die anderen Einwohnerräte eine schriftliche Antwort in Form der Kopie der gerichtlichen Eingabe. Spätestens innert drei Monaten wären alle Einwohnerräte entsprechend informiert.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, erkundigt sich nochmals nach den Unterschieden zwischen Interpellation und kleine Anfrage.

Paul Schüpbach erläutert, dass Interpellationen an einer der nächsten Sitzungen behandelt werden (§ 42 Geschäftsreglement des Einwohnerrates). Die Argumentation des Gemeinderates sei bis jetzt aber noch nicht öffentlich gemacht worden. Eine kleine Anfrage könne die gleichen Fragen beinhalten, werde aber innert 3 Monaten schriftlich beantwortet. Allerdings könne darüber keine Diskussion geführt werden, dies sei der Unterschied zur Interpellation.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, ist mit dem Vorgehen einverstanden, zieht die Interpellation zurück und wird eine kleine Anfrage an den Gemeinderat richten.

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** beschliesst die Sitzung.